

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL

9. JG., OKTOBER 2017 | NR. 100

KOMMENTIERT

Mutig in die neuen Zeiten



AK Präsident Erwin Zangerl

Je näher die Nationalratswahl rückt, desto unsauberer agieren neos und FPÖ in ihrem Kampf gegen die Arbeiterkammer. Und das verunsichert viele Beschäftigte. Auch so manche, die von den Angeboten der AK Tirol bereits profitiert haben oder denen die AK schon zu ihrem Recht verholfen hat.

Doch genau darauf, auf Verunsicherung, zielen die neoliberalen Parteien ab. Ihnen ist derzeit jedes Mittel recht, um die AK schlecht zu machen. Dabei geht es ihnen nur darum, die Arbeitnehmerrechte auszuhöhlen. So vermitteln FPÖ und neos den Eindruck, dass sich die Arbeitnehmer durch die Abschaffung des Solidarbeitrags Unsummen sparen könnten, und verschweigen tunlichst, dass jedes Mitglied im Schnitt nur rund 7 Euro pro Monat bezahlt (816.000 Arbeitsuchende, Karenzierte, Präsenz- und Zivildienstler, Lehrlinge und geringfügig Beschäftigte sind überhaupt vom Beitrag befreit!).

Noch verlogener ist die Behauptung, dass ein Aus für die automatische Mitgliedschaft oder eine Kürzung der Beiträge nicht das Ende der AK seien. Werden die Beiträge halbiert, müsste das gesamte Leistungs- und Förderungsangebot der AK reduziert werden. Auf der Strecke bleiben dann vor allem die, die sich keinen Anwalt und keine teure Versicherung leisten können. Deshalb wägen Sie ab, welcher Partei Sie am 15. Oktober mit Ihrer Stimme Ihr Vertrauen schenken!

WAS IST DEMENZ?

Inforeihe zum Thema Pflege

Mehr als 80 % der pflegebedürftigen Menschen in Österreich werden zu Hause betreut. Deshalb startet die AK Tirol in Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum Pillersee/Leukental eine Veranstaltungsreihe zu Pflege und betreuungsbedürftigen Menschen. Die Auftaktveranstaltung zum Thema „Demenz“ mit MMag. Manuela Baum-Tamerl und Mag. Anita Mair, Lichtblicke, Demenzhilfe Tirol findet am 2. Nov. um 19 Uhr im Kaisersaal St. Johann i. T. statt. Anmeldungen in der AK Kitzbühel unter 0800/22 55 22 - 3252 oder an kitzbuehel@ak-tirol.com Die weiteren Veranstaltungen auf ak-tirol.com



Spiel mit dem Feuer. Geht es nach FPÖ und neos, sollen die Arbeiterkammern weg. Damit wären 3,6 Millionen Arbeitnehmer ohne Schutz und dem freien Markt ausgeliefert.

Polit-Zündern ist sozialer Friede egal

Zur Wahl. Der 15. Oktober wird zur Richtungsentscheidung über die Sozialpartnerschaft. FPÖ und neos wollen die AK schwächen oder abschaffen. Die Beschäftigten wären dann ohne Schutz.

Die kommende Nationalratswahl wird eine Richtungsentscheidung für unser Land. Wer darüber nachdenkt, die Sozialpartnerschaft de facto abzuschaffen, so wie es die neos oder die Freiheitlichen vorhaben, der denkt nicht weit. AK Präsident Erwin Zangerl: „Den Polit-Zündern ist der soziale Friede egal. Bei den Wahlen können die Arbeitnehmer ein klares Signal setzen, dass sie diesen sozialen Frieden in unserem Land bewahren wollen. Denn wer die Kammern abschaffen will, möchte in Wirklichkeit, dass die Millionen Beschäftigten und die tausenden Klein- und Mittelbetriebe ohne Schutz dastehen. Die großen Konzerne und Finanzlobbys richten sich ihre Angelegenheiten schon alleine. Am 15. Oktober geht es auch darum, wie es mit dem Schutz der Beschäftigten in Österreich in Zukunft aussieht. Negativ aufgefallen sind aus Sicht der Sozi-

alpartner – der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer – die Forderungen und Aussagen der FPÖ und der neos, die sich ganz klar für ein Ende der automatischen Mitgliedschaft in den Kammern sowie für eine Kürzung der AK Mitgliedsbeiträge ausgesprochen haben.

Zangerl: „Wer solche Forderungen erhebt, ist für uns nicht wählbar. FPÖ und neos nehmen damit ganz bewusst in Kauf, dass die Beschäftigten ohne Schutz bleiben. Dabei schreien gerade jene am lautesten

nach einer Abschaffung, die vor Wahlen am innigsten um die Gunst der Arbeitnehmer als die mit Abstand größte Gruppe der Stimmberechtigten buhlen.“

Sie entscheiden. Im Raum steht die Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft in den Kammern und die Kürzung der AK Umlage. Das wäre eine existenzielle Schwächung der Arbeiterkammer und damit der Mitglieder selbst, weil die AK ihre Leistungen, den Rechtsschutz und die Vertretung gegenüber der Politik nicht mehr in der jetzigen Form erbringen könnte. Deshalb haben wir die Parteien (jene, die derzeit schon im Nationalrat vertreten sind und die wieder antreten) nach ihren Antworten auf aktuelle Anliegen der Beschäftigten sowie zu ihrem Verhältnis zur AK gefragt.

Die Antworten finden Sie auf den Seiten 6 und 7

„Wer die Kammern abschafft, schwächt Millionen Beschäftigte und tausende Klein- und Mittelbetriebe.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

NEUE STUDIE Trotz Arbeit droht Armut



Foto: Knut Wiarda/fotolia.com

Wer arbeitet, muss Armut nicht fürchten, lautet ein Versprechen unserer Arbeitsgesellschaft. Leider wird dieses Versprechen in vielen Fällen nicht eingehalten. Dies bestätigt auch eine neue Studie des Instituts für Höhere Studien, Wien, das im Auftrag des Landes die Situation in Tirol unter die Lupe nahm. Das Ergebnis: Jeder bzw. jede Zwanzigste ist trotz Arbeit von Armut gefährdet. Insgesamt sind das beinahe 17.800 Personen – ein Hinweis auf einen beträchtlichen Niedriglohnsektor in Tirol. Ohne Sozialtransfers würde die Zahl der Menschen in Tirol, die trotz Arbeit kein Auskommen finden, noch wesentlich höher liegen, denn das Sozialsystem spielt bei der Armutsbekämpfung eine entscheidende Rolle. Beim kostenlosen Vortrag mit Diskussion „Arm trotz Arbeit“ – am Mittwoch, 11. Oktober ab 15.30 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7, präsentiert Dr. Marcel Fink vom Institut für Höhere Studien Wien, interessante Details. Anmeldung unter 0800/22 55 22 - 1480 oder wirtschaftspolitik@ak-tirol.com

Der Einsatz der AK für Österreichs Beschäftigte


1980

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wird neu geregelt

1981

Verbesserungen im Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz

1983

Etappenweise Verlängerung der Mindesturlaubs von 4 auf 5 Wochen

1985

Erste Kollektivverträge mit kürzerer Arbeitszeit als 40 Stunden

1986

Fünf Wochen Mindesturlaub für alle

1986

Arbeitskräfteüberlassungsgesetz

1990

Karenz für Väter

Ohne AK gibt es ...

... keinen Rechtsschutz und keine Hilfe bei allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts

... keine Rechtsberatung und keine Hilfe vor Gericht

... keine Unterstützung bei allen Fragen rund um Lehrlinge und Jugend, Pflege und Pensionen, Kranken- und Arbeitslosengeld

... keine Hilfe bei allen Konsumentenschutzfragen

... keine Beratung und keine Hilfe beim Wohn- und Mietrecht sowie in Steuer- und Wirtschaftsfragen

... keine Hilfe bei Problemen mit Betriebskostenabrechnungen oder dem Steuerausgleich

... keine Beratung zur Weiterbildung sowie keine Weiterbildungsbeihilfen

... keine starke Arbeitnehmervertretung, die gegen kalte Progression, Lohn- und Sozialdumping oder Ausweitung der Arbeitszeit kämpft

... keine Hilfe für in Not geratene Beschäftigte und deren Familien im Rahmen des Unterstützungsfonds

... keine Ausbildungsbeihilfen und Beratungen für Schüler, Lehrlinge und Studenten

... keine Ferienaktion für Kinder

... keine Gratis-Nachhilfe für Lehrlinge

... keine kostengünstigen Nachhilfkurse wie z. B. die Sommerschule

Unsauber. Mit Programmen, die sich klar gegen die Arbeitnehmer wenden, versuchen vor allem FPÖ und neos die Wähler zu täuschen. Anstelle den Beschäftigten einen gerechten Teil am Aufschwung zu garantieren, geht es um die Aufweichung von Schutzbestimmungen, den Abbau des Sozialstaates und die Beseitigung der AK. Deshalb heißt es am 15. Oktober:

Arbeitnehmer, seid wachsam!

Liberal denkend – so präsentieren sich Polit-Vertreter und gießen diesen „Liberalismus“ auch in (Wahl)Programmen. Bei genauerem Hinsehen erkennt man jedoch rasch, was wirklich hinter diesem liberalen Gedankengut steckt: ein Angriff auf die 3,6 Millionen Arbeitnehmer in Österreich sowie auf die sozial Schwächsten der Gesellschaft. Denn das Mantra von der Senkung der Steuern wird auch dieses Mal unaufhörlich wiederholt: Bis zu 14 Milliarden Euro (je nach Parteiprogramm) soll die Entlastung bringen – über die Finanzierung dieser Vorhaben erfährt man wenig Konkretes. Kein Wunder, sind die Möglichkeiten einer Gegenfinanzierung doch begrenzt. Der größte Brocken werden Einsparungen beim Sozialstaat sein, im Gesundheitsbereich und bei den Arbeitnehmern. Kein Wunder also, dass gerade die Arbeiterkammer in das Schussfeld der „Einsparer“ geraten ist, da sie sich seit fast 100 Jahren erfolgreich für die Beschäftigten einsetzt (siehe dazu auch *Leiste oben*).

Einschnitte. Die Sozialpartnerschaft und die Arbeiterkammer stehen den Plänen eines liberalen Marktes im Weg. Ohne Kammer wäre der Weg frei, um die Rechte der Arbeitnehmer zu beschneiden. Weitere Arbeitszeitausdehnungen, Aushöhlung der Schutzbestimmungen oder Kollektivvertragsverhandlungen zwischen Tür und Angel wären die Folge. Eingespart wird dabei auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Was letztlich droht, sind amerikanische Verhältnisse (siehe unten) mit einem drastischen Sozialabbau, der auch den Wirtschaftsstandort und den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Und dieser ist in Wirklichkeit zerbrechlicher, als es nach außen den Anschein haben mag: Nicht nur, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, gelten in Österreich immer mehr als „Working Poor“: Menschen, die trotz Arbeit kaum über die Runden kommen. Allein in Tirol, wo derzeit rund 17.800 Personen als „Working Poor“ gelten, wäre die Zahl ohne Eingreifen des Staates weit höher: 85.000 Tirolerinnen und Tiroler sind auf Hilfe angewiesen.

Hilfe, die bei Einschnitten ins Sozialsystem weniger bzw. überhaupt wegfallen würde. Die Folgen davon wären dramatisch.

„Sozialpartnerschaft und Arbeiterkammer stehen den Plänen eines liberalen Marktes im Weg.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

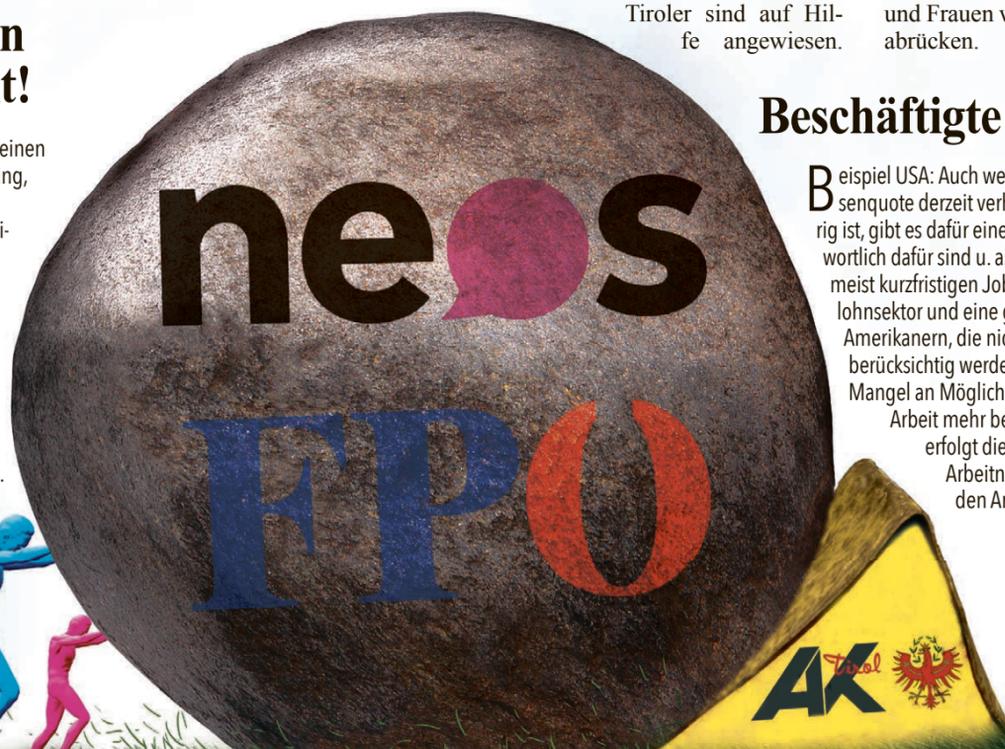
Großverdiener. Mit der Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft zur AK würde ein gewichtiger Gegenpol wegfallen, der sich gegen die Kräfte stemmt, die eine Aufstockung des Kapitals zu Lasten der Mittel- und Unterschicht anstreben. Denn damit wäre auch die flächendeckende Tarifbindung aufgehoben und Kollektivverträge nicht mehr verbindlich. Die Folge wäre ein weiteres Ansteigen des Niedriglohnssektors. Auch von der finanziellen Gleichstellung von Männern und Frauen würde Österreich weiter abrücken.

Um ihre Strategien durchzusetzen, schrecken die liberalen „Vordenker“ auch vor Diffamierungen nicht zurück. So werden die Sozialpartner und im Speziellen die Arbeiterkammer als „Verhinderer“ dargestellt. Anstelle wirrer Wahlprogramme und halbherziger Antworten hat die AK jedoch schon vor langem ein tragfähiges Bildungsprogramm vorgelegt. Auch hat sie mit konkreten Plänen eine Regionalisierungs-, Betriebsansiedlungs- und Wohnbauoffensive gefordert, ebenso wie eine Mietrechtsreform. Sie hat neben vielen anderen Maßnahmen und ihrem Tagesgeschäft (siehe *Spalte links*) vor dem Verkauf von Familiensilber (etwa in Form der BUWOG) gewarnt und war eine der treibenden Kräfte für die Lohnsteuerreform. Verhinderer sehen anders aus.

Wo die wirklichen Bremser sitzen, zeigt der von der AK schon lange geforderte Angleich von Arbeitern und Angestellten. Während des Wahlkampfes wurde diese Forderung laut ausgesprochen, um dann auf Zuruf im Parlament wieder einen Rückzieher zu machen. Nicht nur deshalb heißt es am 15. Oktober für Österreichs Arbeitnehmer: Seid wachsam!

Wir brauchen Gerechtigkeit!

Die Arbeitnehmer verdienen einen gerechten Teil am Aufschwung, schließlich sind die mehr als 3,6 Millionen Beschäftigten entscheidend für das Funktionieren der Wirtschaft. Deshalb muss auf Arbeitsbedingungen, Einkommen und Schutz vor Risiken geachtet werden. Dafür steht die AK und kämpft gegen eine Aufweichung der bestehenden Schutzbestimmungen und für eine höhere Steuergerechtigkeit. Ohne Arbeiterkammer und eine funktionierende Sozialpartnerschaft werden Österreichs Beschäftigte zum Spielball von Willkür und neoliberalen Wirtschaftsexperimenten, die den sozialen Frieden gefährden.



Beschäftigte dürfen nicht überrollt werden

Beispiel USA: Auch wenn die Arbeitslosenquote derzeit verhältnismäßig niedrig ist, gibt es dafür einen Grund: Verantwortlich dafür sind u. a. die zahlreichen meist kurzfristigen Jobs im Niedriglohnsektor und eine große Zahl an Amerikanern, die nicht in der Statistik berücksichtigt werden, da sie sich aus Mangel an Möglichkeiten um keine Arbeit mehr bemühen. Zudem erfolgt die Absicherung der Arbeitnehmer meist über den Arbeitgeber. Job-

verlust heißt oft Verlust der Krankenversicherung. Die Altersvorsorge wird nur von größeren Unternehmen übernommen, bei kleinen und mittleren Betrieben ist der Arbeitnehmer selbst verantwortlich. Gearbeitet wird nach der Hire-&Fire-Methode: schnell einstellen, schnell feuern. Auch das nötige Arbeitnehmer oft zu mehreren Jobs. Bei Problemen sind Arbeitnehmer auf sich allein gestellt. Möglich macht dies ein Fehlen von Sozialpartnern, die über die Rechte der Beschäftigten wachen. Wer es sich leisten kann, kauft sich Sozialleistungen, Zugang zu Bildung oder sorgt für eine Altersvorsorge, der große Rest fällt durch den Rost. Wollen wir solche Verhältnisse?



- 1992** Lehrlingsfreifahrt zum Arbeitsort. Neues AK Gesetz bringt den Rechtsschutz
- 1993** Siebenstufiges Pflegegeld für die Pflege in der Familie wird eingeführt
- 2000** Arbeiter bekommen ihren Lohn gleich lange fortbezahlt wie Angestellte ihr Gehalt
- 2003** Einigung über Entgeltschutz für Arbeitslose, Schwerarbeitsregelung
- 2005** Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung
- 2007** Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitarbeitige
- 2008** Freie Dienstnehmer werden sozialrechtlich gleichgestellt, Forderung nach 1.000 Euro Mindestlohn
- 2010** Bedarfsorientierte Mindestsicherung

AKUT DATEN & FAKTEN

AK: So wichtig, wie selten zuvor

„Kammer mag man eben“

Erwin Zangerl. Für Tirols Beschäftigte wärs ein Jammer ohne Kammer. Um 7 Euro im Schnitt erhalten die AK Mitglieder großen Wert zum vergleichsweise kleinen Preis.

54% Auch wenn die Arbeiterkammer in den letzten Monaten vermehrt Angriffen und Unterstellungen ausgesetzt war, wissen die Tiroler Arbeitnehmer, was sie an ihr haben. So zeigt die Umfrage des market Instituts im Auftrag der AK deutlich, dass nach Meinung der Tiroler Beschäftigten die Arbeiterkammer zu den Organisationen zählt, auf die man nicht verzichten möchte (54%). Die Arbeiterkammer liegt damit deutlich vor den Parteien bzw. politischen Organisationen (20%). Überaus erfreulich ist auch der hohe Zuspruch, wenn es um die Frage geht, wer die besten Ideen für die Zukunft des Landes liefert. Mit 32% liegt die Arbeiterkammer hier unangefochten an der Spitze. Am wenigsten vertrauen die Tiroler auf die Zukunftskonzepte von Industriellenvereinigung (9%) und neos (7%), deren ständiger Ruf

nach einer Beschneidung der Kammern und Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte abgestraft wird. Wie wichtig die AK für die Beschäftigten ist, zeigt sich auch bei der nach wie vor brennenden Frage, ob die Arbeitszeiten verlängert werden sollen. 64% hoffen, dass sich AK und Gewerkschaften gegen eine Ausweitung stark machen. Ein klarer Auftrag für die Zukunft!

TAZ: Herr Präsident, welche Bilanz ziehen sie knapp vor der Nationalratswahl am 15. Oktober?

Zangerl: Wahltag ist Zahltag, so heißt es. Im Wahlkampf ist viel von Veränderung, neuen Formen des Regierens und Reformstau die Rede. Dabei wird oftmals so getan, als würden die Parteien das Rad neu erfinden. Festzustellen ist, dass wir in einem Land leben, in

dem sozialer Friede und Sicherheit herrschen. Es sollte uns auch bewusst sein, dass die Leistungen der Regierung nicht so schlecht gewesen sein können, wie sie jetzt von manchen Gruppen hingestellt werden. Wir verzeichnen einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung, sinkende Arbeitslosenzahlen und die Menschen haben wieder mehr Geld in der Tasche. Alles in allem positive Signale. Jetzt sollte dieser Wohlstand auch in allen Teilen der Bevölkerung ankommen. Aus Sicht der Arbeitnehmervertretung wurde die Wahlauseinandersetzung allzustark auf das Flüchtlings- und Migrationsthema reduziert. Ich gehe davon aus, dass alle Parteien nach der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 ihre Lektion gelernt haben. Daher sollte der Fokus wohl eher auf die Bedürfnisse unserer Bürger gerichtet werden.

TAZ: Wo sehen Sie derzeit das größte Konfliktpotential?

Zangerl: Leider gibt es Kräfte, die den Märkten den Vorzug vor den Menschen geben. Sie berufen sich auf die Freiheit

des Einzelnen und meinen damit einen schrankenlosen Wirtschaftskapitalismus, dem der Einzelne hilflos ausgeliefert wäre. Das betrifft Arbeitnehmer und Unternehmer. Raubtier-Kapitalismus und das Diktat der Finanzmärkte sind Gift für unsere Gesellschaft. Es braucht gelebte Solidarität statt egoistischer Ellenbogen-Mentalität.

„Es geht für unsere Mitglieder um soziale Sicherheit, anständige Löhne, gute Arbeit und leistbares Wohnen.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

TAZ: Wie beurteilen Sie in diesem angespannten Umfeld die Aufgabe der Sozialpartner, insbesondere die der Arbeiterkammer?

Zangerl: Für schrankenlosen Neoliberalismus sind die Sozialpartner das Feindbild. Weil wir darauf schauen, dass es in unserem Land fair zugeht: Indem Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf gleicher Augenhöhe am Verhandlungstisch sitzen. Dort werden Lösungen gefunden. Damit die Konflikte nicht auf die Straße oder in die Betriebe getragen werden. Leben und leben lassen – Sozialpartnerschaft bedeutet, trotz unterschiedlicher Interessensla-

Erwin Zangerl: „Wir leben in einem Land, in dem sozialer Friede und Sicherheit herrschen.“

gen einen guten Kompromiss zu finden, mit dem alle leben können und der Garant für sozialen Frieden und Stabilität ist.

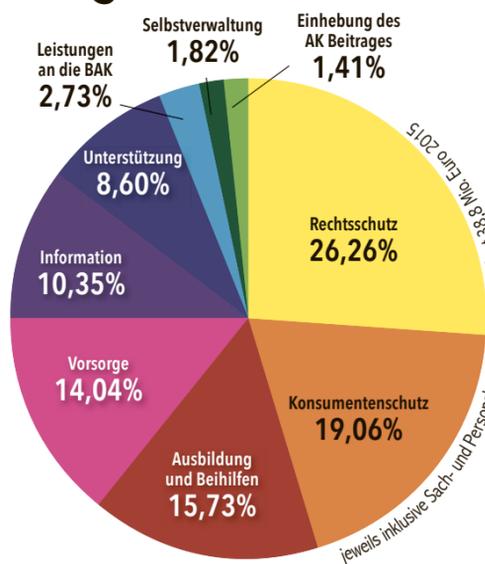
TAZ: Wie zufrieden sind die AK Mitglieder mit ihrer Vertretung?

Zangerl: Die AK hat die höchsten Beliebtheitswerte bei den Beschäftigten. Wir sind das Schutzhause, in dem die Sicherheit für unsere Arbeitnehmer großgeschrieben wird: Im Arbeits-, Sozial-, Konsumenten-, Wohn- und Steuerrecht, in Wirtschafts-, Jugend- und Bildungsfragen, in Innsbruck und in allen Bezirken. Das geht nur durch den automatischen Beitrag der AK Mitglieder. Und dieser macht im Schnitt 7 Euro pro Monat aus. Damit hat jedes AK Mitglied einen großen Wert zu einem vergleichsweise kleinen Preis.

TAZ: Gegner der AK behaupten, eine Abschaffung der automatischen Mitgliedschaft oder eine Kürzung der AK Beiträge wäre ja nicht das Ende der Arbeiterkammer. Was ist davon zu halten?

Zangerl: Diese Behauptung ist noch verlogener. Die AK ist deshalb gegenüber Staat und Politik so stark, weil wir mehr als 3,6 Millionen Mitglieder haben, die einen vergleichsweise niedrigen solidarischen AK Beitrag automatisch leisten – im Schnitt 7 Euro im Monat. Übrigens: 816.000 Mitglieder sind vom Beitrag befreit - Arbeitsuchende, Karenzierte, Präsenz- und Zivildienstler, Lehrlinge und geringfügig Beschäftigte. Der Einzelne erspart sich dann bei einer Halbierung vielleicht 3,50 Euro – das ist ein Cappuccino im Monat! Aber das gesamte Leistungs- und Förderungsangebot der Arbeiterkammer müsste heruntergefahren werden, weil in Summe dann nur noch die Hälfte der Mittel zur Verfügung stehen würden. Betroffen davon sind dann vor allem diejenigen, die sich keinen Anwalt und keine teure Versicherung leisten können.

Das geschieht mit Ihren Beiträgen



26,26% für Ihren Rechtsschutz

Die AK Experten helfen in allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts, zu Lehrlings- und Jugendschutz, Pflege- und Pensionsfragen, Kranken- und Arbeitslosengeld, notfalls auch vor Gericht.

19,06% für Konsumentenschutz

Im Konsumentenschutz, bei Wohn- und Mietrecht, Steuer- und Wirtschaftsfragen sowie bei Belangen der Pendler sind Sie sicher aufgehoben.

15,73% für Bildung & Beihilfen

Mit Beratung zur Weiterbildung, dem BFI, Schulprojekten, Nachhilfekursen, Ausbildungsbeihilfen für Schüler, Lehrlinge und Studenten, eBooks und der Bücherei sind Sie bestens betreut.

14,04% für Vorsorge

Die AK Tirol bildet jedes Jahr Rücklagen für laufende Investitionen, etwa für die Adaptierung ihrer Bezirkskammern, für Gerichtsverfahren und Musterprozesse und für gesetzliche Rückstellungen, wie z. B. Abfertigungen und Pensionen.

10,35% für Information

Mit der Tiroler AZ, dem Magazin Konsument, einer Fülle an Broschüren, Infos in lokalen Medien sowie mittels AK Homepage sind Sie immer am Laufenden.

8,60% für Unterstützung

Mit dem Unterstützungsfonds für in Not geratene Mitglieder, den Steuerspartagen, Arbeitsjubiläen, Ferienaktionen und Jugendprojekten gibt es solidarische Hilfe.

2,73% für Leistungen an die BAK

Die Bundesarbeitskammer erbringt zentrale Leistungen wie wissenschaftliche Studien und Arbeiten für alle Länderkammern.

1,82% für die Selbstverwaltung

Darin sind alle Ausgaben der AK für ihre gewählten Funktionäre enthalten. Die Selbstverwaltung garantiert die Unabhängigkeit.

1,41% für die Einhebung des AK Beitrages

Die AK Mitglieder leisten ihren Beitrag automatisch im Zuge der Einhebung des Sozialversicherungsbeitrages, dafür behält die Sozialversicherung Bearbeitungskosten ein.

Durch die automatische Mitgliedschaft haben Tiroler Arbeitnehmer einen starken Partner auf ihrer Seite, der für ihren Schutz und die Durchsetzung ihrer Rechte sorgt. Der AK Beitrag beträgt im Schnitt rund 7 Euro im Monat (Geringverdiener, Arbeitsuchende und Karenzierte etwa zahlen gar keinen). Das ist weitaus weniger als ein Anwalt oder eine Versicherung kosten. Die AK holt doppelt so viel heraus, wie die Beschäftigten zahlen. Über den Unterstützungsfonds helfen alle Mitglieder in Not geratenen Arbeitnehmerfamilien. Das macht sicher, sollte man selbst unverschuldet in Notlage geraten.

Chef will kein Zeugnis ausstellen

Nicht zufrieden mit Beurteilung



Foto: Catalin Pop/Fotolia.com

Wenn sich Ihr (Ex-)Arbeitgeber weigert, ein Zeugnis auszustellen oder zu berichtigen – wenn es inhaltlich oder formal nicht dem Gesetz entspricht – sollten Sie Ihren Anspruch beim Arbeitgeber schriftlich einfordern. Setzen Sie ihm eine Nachfrist und weisen Sie auch darauf hin, dass Sie ansonsten den Rechtsweg beschreiten. Weigert sich der Arbeitgeber weiterhin, können Sie Ihren Anspruch auf ein Dienstzeugnis vor dem Arbeits- und Sozialgericht geltend machen.



Foto: kaninstudio/Fotolia.com

Entspricht das Dienstzeugnis inhaltlich und/oder formal nicht den gesetzlichen Vorschriften, so können Sie ein korrektes Zeugnis verlangen. Weisen Sie ein qualifiziertes Zeugnis (siehe unten) als mangelhaft zurück, ist Ihr Chef nicht verpflichtet, die Formulierungen zu ändern, sondern er muss und kann auch nur ein einfaches Dienstzeugnis ausstellen. Der Haken: Bei Vorlage eines bloß „gesetzlichen“ Zeugnisses kann der neue Chef den Eindruck bekommen, dass ein qualifiziertes Zeugnis unterblieben ist, weil der Arbeitgeber mit den Leistungen unzufrieden war.

Dienstzeugnis ist Pflicht

Vorsicht: Geheimcodes. Nicht selten hängt das Rennen um den freien Job auch von den Dienstzeugnissen der Bewerber ab. Oft verstecken sich darin negative Beurteilungen.

Ihr Arbeitgeber muss Ihnen am Ende des Arbeitsverhältnisses ein einfaches Arbeitszeugnis ausstellen. Allerdings nur dann, wenn Sie es verlangen. Es muss die Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie Art der Tätigkeit enthalten. Sie haben jedoch keinen Anspruch auf ein Zeugnis, das Angaben über die Qualität der Leistungen enthält („qualifiziertes Dienstzeugnis“). Aber: Ein Dienstzeugnis darf in Inhalt und Form nichts enthalten, das Arbeitnehmern das Erlangen einer neuen Stelle erschwert.

Aus der Beschreibung der Tätigkeit muss sich der Zeugnisleser ein klares Bild machen können, welche Arbeiten der Arbeitnehmer erbracht hat. Eine inner- oder überbetriebliche Funktion als Interessenvertreter (Betriebsrat, Gewerkschaft) darf im Zeugnis nicht erwähnt werden.

Superlative. Bei einem qualifizierten Zeugnis sollte die Beurteilung Ihrer Leistung unbedingt und wo immer möglich im Superlativ formuliert sein! Denn nur dann ist es ein sehr gutes Zeugnis. Mitarbeiter, die stets zur „vollsten Zufriedenheit“ gearbeitet haben, sind vom ehemaligen Dienstgeber mit der Note 1 bedacht worden.

Geheimcodes. Gerade in qualifizierten Zeugnissen kann sich aber,

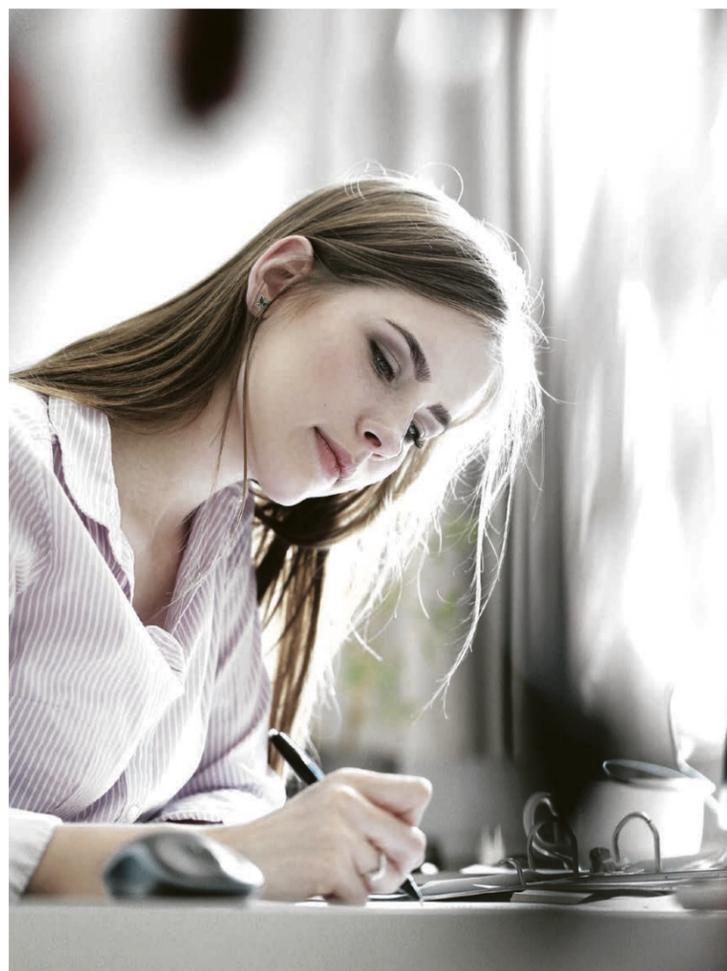


Foto: Photo Studio

Codes. Hinter positiven Formulierungen kann sich eine negative Wertung verbergen.

hinter auf den ersten Blick positiven Formulierungen, eine Botschaft verstecken, die letztendlich eine negative Wertung bedeutet!

„Herr B. hat sich stets als integrative, kommunikationsstarke Persönlichkeit ins Team eingebracht.“
Klartext: Vor lauter Plaudern ist er kaum zum Arbeiten gekommen.

„Frau A. verfügte über Fachwissen und zeigte großes Selbstvertrauen.“

Klartext: Große Klappe, wenig dahinter.

„Herr R. hat die übertragenen Arbeiten ordnungsgemäß erledigt.“
Klartext: Ordnungsgemäß schon, aber sonst zeigte er nur wenig Eigeninitiative.

„Frau K. setzte sich insbesondere für die Belange der Belegschaft ein.“

Klartext: Eine Mitarbeiterin, die sich nicht alles gefallen lässt.

Damit es zu keinen Problemen kommt, sollten Sie die Ausstellung eines Dienstzeugnisses immer sofort nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses schriftlich verlangen. Denn selbst wenn Sie rechtlich länger dazu Zeit hätten, ist nicht sicher, ob ein Zeugnis überhaupt noch ausgestellt werden kann, etwa weil es die Firma nicht mehr gibt.

FACTS LEHRBEGINN

Perfekter Start ins Berufsleben!

Beruf sorgsam wählen

Es ist ratsam, sich zu Beginn des Lehrverhältnisses genau über den Beruf zu informieren, in dem man tätig sein will. In der Lehrberufsliste ist genau aufgelistet, welche Fertigkeiten du während der Lehre erlernen musst.

Drei Monate Probezeit

Die ersten 3 Monate des Lehrverhältnisses sind die so genannte Probezeit. Innerhalb der Probezeit kann sowohl der Lehrberechtigte als auch der Lehrling das Lehrverhältnis jederzeit ohne Angabe von Gründen lösen. Die Auflösung muss jedoch schriftlich erfolgen!

Freifahrt für Lehrlinge

Zu Beginn ist es für den Lehrling wichtig, die Lehrlingsfreifahrt zu organisieren. Lehrlinge können die Freifahrt für Schüler und Lehrlinge zum Selbstbehalt von 19,60 Euro beantragen. Darüber hinaus bietet der VVT die Möglichkeit, mit dem LehrPlus- bzw. SchulPlus-Ticket ein ganzes Jahr um 96 Euro in ganz Tirol unterwegs zu sein. Die notwendigen Formulare und Infos erhältst du bei der Arbeiterkammer oder dem Verkehrsverbund.

Arbeitszeiten

Schreibe deine Arbeitszeiten lückenlos und verlässlich auf. Sollte es einmal Probleme geben, sind deine Arbeitszeitaufzeichnungen sehr hilfreich.

AK hilft weiter

Solltest du weitere Fragen zum Beginn deiner Lehre haben, wende dich an die Expertinnen und Experten der AK Jugendabteilung unter der Grathotline 0800/22 55 22 - 1566.

INFOS GASTROLEHRE

Achtung, Wintersaison!

Der Fachkräftemangel im Tourismus führt zu Überstundenleistungen des Personals. Doch geleistete Überstunden müssen abgegolten werden, auch jene von Lehrlingen. Je nach Lehrjahr ist ihr Wert unterschiedlich, für die kommende Wintersaison gelten folgende Sätze und zwar für jede einzelne Überstunde:

unter 18 Jahre:

1. Lehrjahr 6,07 Euro brutto
2. Lehrjahr 6,94 Euro brutto
3. Lehrjahr 7,80 Euro brutto
4. Lehrjahr 8,67 Euro brutto

über 18 Jahre: mind. 13,18 Euro brutto

Um einen genauen Überblick zu haben, ob die Abrechnung letztlich auch korrekt ausbezahlt wird, ist es ratsam, eine lückenlose Arbeitszeitaufzeichnung zu führen! Rat und Hilfe gibt es bei den Experten in der AK Jugendabteilung unter 0800/22 55 22 - 1566.

Behaltezeit ist Vollzeit

Einstieg. Immer wieder kommt es vor, dass die Arbeitszeit von frisch ausgelernten Lehrlingen während der Behaltezeit gekürzt wird. Dies ist aber unzulässig. Rat und Hilfe gibt es in der AK Jugendabteilung.

Nachdem Max seine Ausbildung zum Elektroniker beendet hatte, trat er in die Behaltezeit ein, die in seiner Branche sechs Monate dauert. Nach einigen Wochen wurde ihm seitens des Chefs mitgeteilt, dass er ihn nunmehr nicht mehr im vollen Ausmaß benötige, und er für die restliche Behaltezeit Halbzzeit arbeiten solle. Damit war der jun-

ge Facharbeiter zwar nicht einverstanden, traute sich aber nichts zu sagen. Schon bald merkte er aber, dass die reduzierte Arbeitszeit natürlich auch eine empfindliche Einbuße am Lohnzettel zur Folge hatte. Das führte ihn in die AK Jugendabteilung. Dort erfuhr er, dass die Behaltezeit im Berufsausbildungsgesetz geregelt ist und den Zweck hat, dem ausgelernten Lehrling im erlernten Beruf erste Erfahrungen als

Fachkraft zu ermöglichen.

Selbstverständlich soll dies in regulärer Vollzeitbeschäftigung erfolgen. Die Intervention der AK Jugendabteilung im Betrieb war erfolgreich: Der Betrieb musste Max nicht nur ab sofort wieder 38,5 Wochenstunden in Dienst nehmen, sondern auch rückwirkend die Zeit der Minderbeschäftigung auf Basis einer Vollzeittätigkeit entlohnen.



Foto: Gina Sanders/Fotolia.com

WEITERBILDUNG

Am Abend zur Matura

Sie haben Ihre Schulausbildung irgendwann abgebrochen? Kein Problem, das Abendgymnasium Innsbruck bietet individuelle Wege zur Reifeprüfung. Wenn Sie mindestens 17 Jahre alt sind und einen Pflichtschulabschluss haben, schaffen Sie den Abschluss in durchschnittlich vier Jahren. Experten informieren dazu in den Bezirken. Anmeldungen zum kostenlosen Infoabend „Am Abend zur Matura“ unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen Durchwahl (DW).

AK Landeck, Malsersstraße 11:

Mo. 9. Okt. 19 Uhr, DW 3450;

AK Telfs, Moritzensstraße 1:

Di. 17. Okt. 19.30 Uhr, DW 3850;

AK Kitzbühel, Rennfeld 13,

Di. 24. Okt. 19 Uhr, DW 3252;

AK Imst, Rathausstraße 1,

Mo. 30. Okt. 19 Uhr, DW 3150;

AK Kufstein, Arkadenplatz 2:

Di. 7. Nov. 19 Uhr, DW 3350.

Schulerfolge aus höheren Schulen werden angerechnet und können die Studienzeit entsprechend verkürzen. Das Abendgymnasium ist keine Privatschule, deshalb gibt es keine Studiengebühren.

Hall i. Tirol: Gesund trotz Stress

Welche Entwicklungen verursachen den Stress, der für immer mehr Menschen in ein „Burnout“ mündet? Beim Infoabend „*Gesund bleiben im Stresszeitalter*“ am Dienstag, 24. Oktober, ab 19.30 Uhr im Hotel Maria Theresia in Hall, Reimmichlstraße 25, zeigt AK Expertin Dr. Carolin



Juan de Quintero Wege aus der Überforderung. Je nach Schweregrad der Erschöpfung können unterschiedliche Maßnahmen eine Genesung unterstützen. Die klinische Psychologin und Psychotherapeutin wird sich auch mit der Frage beschäftigen, wie es uns gelingen kann, das innere Feuer trotz aller Belastungen kraftvoll zu halten.

Foto: alphaspirit/fotolia.com

Kitzbühel: Stark für den Alltag

Arbeiten, kochen, Kinder versorgen, einkaufen gehen, ehrenamtlich arbeiten, jede digitale Nachricht sofort erledigen: Wenn Ihr Alltag in etwa so aussieht, dann dominiert der Stress und die Lebensqualität hat sich wohl verabschiedet. Wenn Sie an dieser Situation endlich etwas ändern wollen, ergreifen Sie die Gelegenheit



Foto: Jeanette Dieltl/fotolia.com

und gönnen Sie sich und Ihrer Seele einen entspannten Abend: Unter dem Motto „*Stark für den Alltag*“ zeigt Ihnen Kinesiologe Johann Pichler am Dienstag, 17. Oktober, ab 19 Uhr in der AK Kitzbühel, Rennfeld 13, Wege, wie Sie wieder mehr Lebensqualität gewinnen können. Bei Interesse bitte gleich anmelden unter 0800/22 55 22 - 3252 oder kitzbuehel@ak-tirol.com

NEWS AK INFORMIERT

Auszeit für Weiterbildung

Weiterbildung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt, ist aber neben dem Beruf oft nur schwer zu bewältigen. Die Modelle Bildungskarenz und Bildungsteilzeit machen es möglich. Seit 1. Jänner 2017 gibt es auch wieder das Fachkräftestipendium, durch welches das Nachholen von Ausbildungen in Berufen mit Fachkräftemangel ermöglicht wird. Wie die drei Modelle im Detail funktionieren, erläutern Spezialisten von AK und AMS beim kostenlosen Infoabend „*Auszeit für Weiterbildung*“:
AK Landeck, Malsersstraße 11:
Di. 17. Oktober, ab 19 Uhr, DW 3450
AK Kufstein, Arkadenplatz 2:
Di. 14. November, ab 19 Uhr, DW 3350
Anmeldung unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen Durchwahl (DW) oder per eMail an landeck@ak-tirol.com bzw. kufstein@ak-tirol.com

Neues von der Getränkekarte

AK Erhebung. Die größte Preisspanne gab es mit 158 Prozent bei mit Wasser verdünntem Apfelsaft. In 11 von 52 Gasthäusern wird das Glas Leitungswasser verrechnet.



Na dann prost. 0,25 l Apfelsaft mit Leitungswasser kosten zwischen 1,20 und 3,10 Euro. Denn oft wird bei der Kalkulation nicht zwischen Saft und Wasser unterschieden.

Zum zweiten Mal erhob die AK Tirol im September 2017 die Getränkepreise in 52 ausgewählten Wirtschaftshäusern in allen Tiroler Bezirken. Soviel vorweg: Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Durchschnittspreise je nach Getränk um 0,41 % bis 8,70 % erhöht. 14 Betriebe nahmen keinerlei Preiserhöhungen vor.

Saft & Wasser. Während der Preis für ein Glas Apfelsaft (0,25 l) im Schnitt um 1,2 % teurer wurde, stieg er beim mit Leitungswasser verdünnten Apfelsaft (0,25 l)

um 8,70 %. Mit 158 % weist dieses Getränk auch die höchste Spanne auf: Derzeit wird es zu Preisen zwischen 1,20 und 3,10 Euro angeboten. Ursache dafür ist, dass oft nicht zwischen purem Saft und dem auf dieselbe Menge mit Leitungswasser verdünnten Getränk unterschieden wird. Dieser Trend konnte bei allen mit Wasser aufgespritzten Getränken beobachtet werden: Für enthaltenes Leitungswasser verrechneten 20 von 52 Wirtschaftshäusern, im Vergleich zum Preis des enthaltenen Grundgetränkes, einen erheblichen Aufschlag.

In 11 der 52 teilnehmenden Wirtschaftshäusern wird das Glas Leitungswasser in der Karte ausgepreist. Im persönlichen Gespräch erklärten fünf Wirte, es tatsächlich nur dann zu verrechnen, wenn der Gast ausschließlich Wasser konsumiere. Sechs teilten mit, bestelltes Leitungswasser jedenfalls in Rechnung zu stellen. Zwei Wirtschaftshäuser, in denen Leitungswasser im Vorjahr noch verrechnet wurde, schenken dieses nun kostenlos aus; ein Betrieb stellt es heuer hingegen erstmals in Rechnung. Das günstigste Glas Leitungswasser (0,25 l) ist ab 0,30 Euro zu haben.

Preissteigerungen. Der Preis für ein kleines Bier vom Fass (0,3 l) stieg im Schnitt um 3,28 % auf 2,83 Euro, für ein großes Bier (0,5 l) um 4,03 % auf 3,61 Euro. ¼ l Weiß-Süß kostet mit 2,90 Euro im Schnitt um 3,57 % mehr als noch im Vorjahr, ¼ l Weiß-Sauer stieg um 3,35 % auf 2,78 Euro.

Die Ergebnisse spiegeln sich auch in den aktuellen Inflationsdaten der Statistik Austria wider: Einer der Hauptpreistreiber sind die Kosten für Bewirtschaftungsleistungen. *Alle Details gibts auf www.ak-tirol.com*

Welche Fette sind gesund?

Die Aussage „*Fat is bad*“ ist ein folgenreicher Trugschluss, der nicht nur den Ess-Genuss mindert, sondern auch die Gesundheit gefährdet. Warum das so ist und welche Fette gesund oder problematisch sind, erklärt Mag. Karin Hofinger beim kostenlosen AK Infoabend „*Welche Fette sind gesund?*“ am 2. November ab 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7. Von der Expertin erfahren Sie auch Neues zu (versteckten) Fettbomben, Light-Produkten, Palmöl & Co. Außerdem wird ein möglicher Zusammenhang von Fettkonsum und erhöhten Blutwertwerten näher beleuchtet und diskutiert. Eine Anmeldung ist erforderlich unter 0800/22 55 22 - 1833 oder konsument@ak-tirol.com



Foto: Angel Smorfolka

TIPPS VERANSTALTUNG

Gesund mit alten Hausmitteln

Beschwerden wie Kopfwahl, Schlafstörungen, Husten und Heiserkeit auf natürlichem Wege bekämpfen: Beim kostenlosen Infoabend „*Gesund mit alten Hausmitteln*“ am Do. 12. Okt. ab 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstr. 7, erfahren Sie, wie beinahe vergessene, doch bewährte alte Hausmittel helfen, die Selbstheilungskräfte des eigenen Körpers zu aktivieren. Entdecken Sie mit DGKP und Kräuterefachberaterin Brigitte Staffner, welche Vielfalt an sanften Heilkräutern die Natur bietet und wie einfach, schnell und wirksam Sie sich selbst Gutes tun können. Gleich anmelden unter 0800/22 55 22 - 1645 oder gup@ak-tirol.com

Mit BFI und AK zur Matura

20 Jahre Berufsreifeprüfung. Tausende konnten die Matura nachholen. Die AK Tirol hat sich von Anfang an dafür eingesetzt und vergibt 1.200 Euro Förderung pro Teilnehmer.

Gäbe es die Berufsreifeprüfung nicht, man müsste sie erfinden!“, freute sich Bildungslandesrätin Dr. Beate Palfrader mit BFI-Tirol-Geschäftsführerin Dr. Karin Klocker und AK Präsident Erwin Zangerl über ein Erfolgsmodell, das heuer sein 20-jähriges Bestehen feiert. „Die Einführung der Berufsreifeprüfung 1997 war ein wichtiger Reformschritt im Bildungssystem“, betonte Klocker. „Und die AK Tirol hat sich von Anfang an mit Nachdruck für die Gesetzgebung eingesetzt. Das zeigt, wie wichtig eine starke Arbeitnehmer-Vertretung ist.“

Seither konnten in Tirol Tausende die Matura nachholen, ein Studium



Jubiläum. Landesrätin Dr. Beate Palfrader, AK Präsident Erwin Zangerl und BFI-Tirol-Geschäftsführerin Dr. Karin Klocker (v. li.) präsentierten das Erfolgsmodell.

absolvieren oder Karriere in Beruf bzw. Betrieb machen. Allein heuer bereiten sich 1.100 Teilnehmer in Tages- und Abendkursen bzw. der „*Lehre mit Matura*“ vor.

„Ergreift die Chance, unsere Unterstützung habt ihr“, appellierte der AK Präsident an Interessierte. Die AK Tirol vergibt pro Jahr insgesamt 1,6 Millionen Euro für die Weiterbildung ihrer Mitglieder.

- Teilnehmer können bei der AK um eine Förderung von bis zu 30 Prozent der Kurskosten ansuchen, dies entspricht in etwa 1.200 Euro.
- Vom Land Tirol gibt es zusätzlich eine Update-Förderung. Sie deckt bis zu 50 % (es gelten Kriterien). Mehr auf bfi.tirol und ak-tirol.com

Nationalratswahl 2017: Die

Frage & Antwort.
Am 15. Oktober geht es um viel für die Arbeitnehmer. Ein Überblick der Partei-Positionen zu wichtigen Fragen soll die Wahl erleichtern.

Wir von der Arbeiterkammer bewerten jede Partei danach, was sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tut. Wir wissen, was unsere Mitglieder wollen und brauchen: Sie wollen Arbeit, von der sie leben können und dass alles gegen die Arbeitslosigkeit getan wird. Sie verlangen, dass unsere guten Sozialleistungen, das Gesundheitswesen und das Bildungssystem erhalten und weiterentwickelt werden und dass das auch finanzierbar ist. Sie wollen eine gute Absicherung im Alter und auch für die Jungen später gute Pensionen. Sie wollen, dass Wohnen billiger wird. Und sie wollen die AK als starke Interessenvertretung.

Sie entscheiden

Im Raum steht auch die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern und die Kürzung der AK Umlage (also des Mitgliedsbeitrags und damit der Mittel, die der AK zur Verfügung stehen). Die AK sagt dazu ganz klar: Das wäre eine existenzielle Schwächung der Arbeiterkammer – und damit der AK Mitglieder selbst, weil wir die Leistungen, den Rechtsschutz und die Vertretung gegenüber der Politik nicht mehr in der jetzigen Form erbringen könnten.

Wir haben die Parteien (jene, die derzeit schon im Nationalrat vertreten sind und die wieder antreten) nach ihren Antworten auf diese Anliegen gefragt. Wir haben ersucht, dass die Fragen mit Ja oder Nein beantwortet werden und Gelegenheit für eine kurze Begründung gegeben. Die Antworten finden Sie rechts – sie sollen Ihnen dabei helfen, Ihre Entscheidung für den 15. Oktober zu treffen.

Antworten auf weitere Fragen finden Sie unter arbeiterkammer.at

Sie wollen mehr von den Parteien wissen?
Infos der bundesweit kandidierenden Parteien finden Sie im Internet unter
spoe.at | oevp.at | fpoe.at
gruene.at | neos.eu
listepilz.at | dieweissen.at
freieliste.at | kpoepius.at
gilt.at



Sind Sie für eine Besteuerung von Millionenvermögen, um damit den Sozialstaat zu sichern und auszubauen? €

JA Die SPÖ will eine faire Steuer auf Erbschaften und Schenkungen von mehr als 1 Mio. Euro. Das brächte 500 Mio. Euro im Jahr, die zur Finanzierung der Pflege verwendet werden sollen. Nur was über die erste Mio. hinausgeht, wird besteuert. Das trifft die reichsten 2-3 Prozent.

NEIN Es ist aufgrund der hohen steuerlichen Belastung heute kaum möglich, sich durch eigene Arbeit etwas aufzubauen. Bevor wir daher über die Einführung neuer Steuern reden, sollten wir Steuern spürbar senken. Wer sich Eigentum aufgebaut hat, soll auch frei darüber verfügen können.

-* Wir bekennen uns zum Aufbau von Eigentum und Vermögen und sind daher strikt gegen die Einführung von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern. Wir sind grundsätzlich gegen die Einführung neuer, zusätzlicher Steuern.

JA Dringend. Vermögen ist bei einigen Wenigen konzentriert und Steuern darauf sind extrem niedrig – im OECD-Schnitt sind sie dreimal so hoch. Österreich braucht eine Steuerstrukturreform: Die Steuern auf Arbeit sollen gesenkt werden und Superreiche faire Beiträge zahlen.

-* Wir NEOS sind grundsätzlich gegen neue Steuern, solange die Steuer- und Abgabenquote in Österreich zu einer der höchsten in Europa zählt. Dringlichstes Ziel muss es sein, diese hohe Abgabenlast zu senken.

JA Wir treten für die Wiedereinführung einer progressiv ausgestalteten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro ein. Damit wird erreicht, dass nur die reichsten 10 Prozent der privaten Haushalte davon betroffen sind. Im Gegenzug sollen niedrige Einkommen über SV-Beiträge entlastet werden.

Sind Sie für eine Angleichung der Rechte von Arbeitern und Angestellten auf hohem Niveau?

JA Das ist eine langjährige Forderung der SPÖ, die wir noch vor der Wahl umsetzen wollen. So sollen etwa Kündigungsfristen oder die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall an das Angestelltenrecht angeglichen werden.

JA Durch die Schaffung eines modernen einheitlichen ArbeitnehmerInnenbegriffs wollen wir gesetzliche und kollektivvertragliche Unterschiede beseitigen – in Übergangsphasen und in Abstimmung mit Sozialpartnern. Das bedeutet mehr Gerechtigkeit und weniger Bürokratie für Unternehmen und Staat.

JA Hier muss es eine völlige arbeits- und sozialrechtliche Angleichung geben.

JA Diese Unterscheidung hat keine Berechtigung. Es ist wichtig, dass alle ArbeitnehmerInnen den gleichen Schutz haben; und dass dieser Schutz vergrößert und ausgebaut wird.

JA Nicht nur bei Entlassungsgründen, auch bei Kündigungsfristen und Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall herrscht eine Ungleichbehandlung – das ist diskriminierend und überholt.

JA Wir sind für diese überfällige Angleichung unter der Bedingung, dass es zu keinen Verschlechterungen kommt.

Sind Sie für eine Verbesserung des Schutzes der ArbeitnehmerInnen vor Sozialdumping?

JA EU-weit muss Arbeit am gleichen Lohn geben, denn Billigheimischen KMU und Unternehmen. Negative Entwicklung starke Arbeitskräften hintangehalten werden. Arbeitsmarktprüfung.

JA Unser Ziel ist Sozialdumping verhindern und einen fairen Wettbewerb heimischen Unternehmen. Mit dem Lohn- und Sozialbegriffgesetz soll daher künftig noch weitergewirkt werden.

JA Lohn- und Sozialbegriffgesetz streng bestrafte Unternehmen sollen Geld verlieren.

JA Die Grünen treten für Verbandsklagen ein:
■ die Ungültigkeit von Kündigungsfristen bei Lohnarbeitern
■ Sozialversicherung für österreichische Entsendungen
Selbstverständlich sind weitere Vorschläge möglich.

-* Die Bekämpfung von Sozialdumping ist notwendig, die Regierung muss mit dem Gesetzespaket handelnde ausländische Unternehmen ab. NEOS befürchten des österreichischen Wettbewerbs durch die Bürokratie.

JA Wir fordern auch Maßnahmen gegen Sozialdumping, die Schutz von ArbeitnehmerInnen soziale Mindeststandards.

Parteien auf dem Prüfstand

<p>ne des Arbeitneh- lohn- und ?</p> 	<p>Sind Sie für eine wirksamere Begrenzung der Mieten als eine Maßnahme gegen das starke Steigen der Wohnkosten?</p> 	<p>Sind Sie dafür, dass der Staat seine Anteile an Infrastrukturunternehmen wie ÖBB und OMV behält?</p> 	<p>Sind Sie für die Pflichtmitgliedschaft in allen Kammern als Voraussetzung für die Sozialpartnerschaft?</p> 	<p>Sind Sie für die Beibehaltung der AK Umlage in der gegenwärtigen Höhe, damit die Leistungen der AK gesichert sind?</p> 
<p>es für gleiche Ar- en Ort den gleichen ilarbeit schadet l ArbeitnehmerIn- klungen durch zu igration müssen n, etwa über eine</p>	<p>JA Wir wollen ein bundesweit einheitliches Mietrecht und ein System mit Mietzinsobergrenzen mit klaren, transparenten Regelungen für Zu- und Abschläge. Zusätzlich wollen wir einen Kautionsfonds einrichten und Makler- und Vertragsgebühren für MieterInnen abschaffen.</p>	<p>JA Die SPÖ will öffentliche Investitionen weiter stärken und staatliche Beteiligungen an strategisch wichtigen Betrieben nicht nur halten, sondern ausbauen, etwa mit der Gründung eines „Österreichischen Fonds für strategische Investitionen“.</p>	<p>JA Gerade die Arbeiterkammer steht im Vertrauensindex der ÖsterreicherInnen ganz weit oben und tritt sehr erfolgreich für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein. Unsere Form der starken Sozialpartnerschaft stärkt den Standort und den sozialen Frieden in Österreich.</p>	<p>JA Die AK erkämpft für ihre Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht jährlich Millionenbeträge. Die AK Umlage ist ein wichtiger Beitrag, dass dieser Einsatz auch weiterhin möglich ist.</p>
<p>es, Lohn- und Sozi- rsam zu bekämpfen tbewerb für die men zu sichern. Sozialdumping- soll Missständen wirksamer entgegen-</p>	<p>NEIN Der Hauptgrund für die hohen Wohnkosten in Österreich ist, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Die Einführung einer Mietpreisobergrenze würde diese Situation noch zusätzlich verschärfen, da die Anreize für die Schaffung von neuem Wohnraum verloren gingen.</p>	<p>JA Im Sinne der Steuerzahler und der Wettbewerbsfähigkeit ist es aber wichtig, dass die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält, gesichert ist. Bei Unternehmen wie den ÖBB ist dies auch über einen Abbau bestehender Pensionsprivilegien zu erreichen.</p>	<p>JA Es braucht in der Praxis eine klare Trennung der Aufgaben zwischen Sozialpartnern und Regierung. Insbesondere im Bereich der dualen Ausbildung, der Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowie für den gesamtgesellschaftlichen Ausgleich hat die Sozialpartnerschaft hohe Verdienste.</p>	<p>JA Klar ist aber, dass Sozialpartner serviceorientierter werden und sparsamer mit ihren Beiträgen umgehen müssen. Mitgliedsbeiträge sind legitim, wenn damit gut umgegangen wird und die Mitglieder mit dem Service ihrer Kammer zufrieden sind.</p>
<p>aldumping gehört und die beteilig- werbe dauerhaft</p>	<p>JA Mietzinsobergrenze bei älteren Wohnungen, nicht jedoch bei aufwändig sanierten Objekten oder solchen, die unter 25 Jahre alt sind und sich in einem zeitgemäßen baulichen Zustand befinden.</p>	<p>JA Eine intakte und voll funktionfähige Infrastruktur mit Betrieben wie den ÖBB gehört zu den Kernaufgaben eines Staates. Privatisierungen in diesem Bereich lehnen wir ab. Diese Unternehmen sind für jeden Bürger – als Dienstgeber und Leistungserbringer – von großer Bedeutung.</p>	<p>NEIN Wir sind für ein Ende des Kammerzwangs und damit gegen Pflichtmitgliedschaften. Denn eine wirksame Interessenvertretung muss auch ohne Pflichtmitgliedschaft möglich sein.</p>	<p>NEIN Wir sind für eine Senkung der AK Umlage und für eine Konzentration der AK auf ihre Kernaufgaben.</p>
<p>ten ein für agrecht erkürzter Verfalls- sprüchen gsbeiträgenach Ausmaß bei</p>	<p>JA Die Grünen schlagen klare und transparente Obergrenzen für Mieten vor. Außerdem sollen Befristungen deutlich erschwert, Maklerkosten für MieterInnen reduziert und der soziale Wohnbau verstärkt werden.</p>	<p>JA Basisinfrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaft und Staat. Es muss sichergestellt sein, dass alle Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Leistungen haben. In diesem Sinn halten die Grünen mehr staatliches Engagement für sinnvoll.</p>	<p>JA Die Arbeiterkammern sind hervorragende DienstleisterInnen für ihre Mitglieder. Sie abzuschaffen oder zu schwächen würde allen ArbeitnehmerInnen schaden. Dafür sind wir Grüne nicht zu haben.</p>	<p>JA Die Arbeiterkammern erkämpfen Jahr für Jahr mit Rechtsverfahren mehr Geld für ihre Mitglieder, als die AK Umlage einbringt. Die AK Umlage in der jetzigen Höhe ist gut angelegtes Geld.</p>
<p>nd wir auch für ffen.</p>	<p>—* Ziel muss es sein, Wohnen wieder leistbar zu machen. Das wird durch eine Mietzinsobergrenze aber nicht gelingen. Wir sind davon überzeugt, dass es vor allem ein höheres Angebot braucht, damit die Mietpreise wieder sinken.</p>	<p>—* Die erdfeste Infrastruktur, insbesondere Hochspannungs-, Schienen- und Straßennetze, sowie Wasser-, Kanalleitungen usw., soll grundsätzlich in der Verantwortung der öffentlichen Hand verbleiben, wobei Transparenz bei Investitionen und Abgabenverrechnung gewährleistet sein muss.</p>	<p>NEIN Wir wollen die Kammern in bedarfsorientierte und schlanke Interessenvertretungen umwandeln, die als qualitativ hochwertige Serviceeinrichtung Mitglieder anziehen (wie das ja auch bei der Gewerkschaft der Fall ist). Wir NEOS sind davon überzeugt: Echte Interessenvertretungen brauchen keine Zwangsmitgliedschaft.</p>	<p>—* Wir sind davon überzeugt, dass die Kernleistungen der Arbeiterkammer, nämlich die arbeitsrechtliche Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch durch eine Halbierung der AK Umlage erbracht werden kann.</p>
<p>f EU-Ebene egen Lohn- und tärkung der Rechte en und europaweite ards.</p>	<p>JA Das Mietrecht ist dahingehend zu reformieren, dass es zu klaren und durchsetzbaren Obergrenzen von Mieten kommt.</p>	<p>JA Wir sprechen uns gegen (weitere) Privatisierungen von Infrastrukturunternehmen aus, da sie ein wichtiges Steuerungsinstrument staatlicher Politik sind. Am Beispiel der Bahnen zeigt sich, dass mit der Privatisierung die gewünschten Ziele nicht erreicht wurden.</p>	<p>JA Wir sind für die Pflichtmitgliedschaft und bekennen uns zur Sozialpartnerschaft. Wir erwarten uns aber, dass die Sozialpartnerschaft der Verteilungsgerechtigkeit und dem Klimaschutz mehr Gewicht beimisst als in der Vergangenheit.</p>	<p>JA Wir sind für deren Beibehaltung, weil die AK mit diesen Beiträgen in den vergangenen Jahren wertvolle Leistungen für ihre Mitglieder erbracht hat. Wir erwarten jedoch, dass sich die AK mit mehr Nachdruck als bisher für steuerliche Gerechtigkeit einsetzt.</p>

*) - Partei wollte Frage nicht eindeutig mit Ja oder Nein beantworten

INFOS GUT ZU WISSEN

Selbstbestimmt handeln

Sie möchten für Situationen vorsorgen, in denen Sie nicht mehr fähig sind, selbst Entscheidungen zu treffen? Mit einer Patientenverfügung können Sie schon vorab bestimmte medizinische Behandlungen ablehnen – für den Fall, dass Sie als Patient dazu nicht mehr in der Lage sind. In einer Vorsorgevollmacht legen Sie fest, wer als Bevollmächtigter für Sie entscheidet oder Sie vertritt, falls es Ihnen nicht mehr möglich ist, Ihre Angelegenheiten selbst wahrzunehmen. Details zu „Patientenverfügung & Vorsorgevollmacht“ erfahren Sie von Dr. Günter Atzl, Direktor der Ärztekammer Tirol, beim kostenlosen Info-Nachmittag in der AK Imst am Do. 19. Oktober um 15 Uhr. Anmelden unter 0800/22 55 22 – 3150 oder imst@ak-tirol.com

Schenken oder vererben?

Sie wollen für Ihre Nachkommen vorsorgen und fragen sich, was sich mit dem neuen Erbrecht verändert hat. Rechtsanwalt Mag. Martin J. Moser klärt auf beim kostenlosen AK Infoabend „Schenken oder vererben?“ Er gibt u. a. Tipps zu Schenkung, Übergabe, Erbfolge, Testament, Grunderwerbsteuer und erklärt, wie Sie teure Fehler vermeiden können und die optimale Lösung für Ihre individuellen Anliegen finden. Am Do. 19. Oktober um 19 Uhr in der AK Kufstein, Arkadenplatz 2, und am Dienstag, 7. November, um 19 Uhr in der AK Kitzbühel, Rennfeld 13. Anmelden unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen DW oder per eMail. AK Kufstein: DW 3450 oder kufstein@ak-tirol.com AK Kitzbühel: DW 3252 oder kitzbuehel@ak-tirol.com

Wussten Sie, dass... die AK Tirol allein im Jahr 2016 rund 39 Millionen Euro für ihre Mitglieder erkämpft hat?



Foto: Christian Horz/Fotolia.com

Ausweg. Wer als Schuldner bisher gezwungen war, sich mit Schwarzarbeit oder wechselnden Beschäftigungen durchzuschlagen, bekommt nun eine neue Chance: Privat-Konkurs lautet die Lösung. Von ihm waren Schuldner mit niedrigen Einkommen oder hohen Verbindlichkeiten bisher ausgeschlossen.

Erleichtert in den Privat-Konkurs

Analyse von Mag. Thomas Pachl, Schuldenberatung Tirol

Die gute Nachricht gleich vorweg: Endlich bekommen auch Schuldner mit niedrigem Einkommen (etwa Alleinerziehende) oder mit sehr hohen Schulden (vor allem gescheiterte Selbstständige) die Chance auf einen finanziellen Neustart. Bisher waren sie vom Privatkonkurs aufgrund der Mindestquote – 10 % aller Schulden mussten geleistet werden – ausgeschlossen. Auch wird der Zeitraum bis zur „Restschuldbefreiung“ von bisher 7 auf 5 Jahre gekürzt.

Nicht ohne Konsequenzen. Die Verbesserungen im Privatkonkurs können aber nicht als Aufforderung zum Schulden-Machen verstanden werden: Wenn jemand Schulden im Wissen macht, dass er diese nicht zurückzahlen kann, ist das nach wie vor ein klarer Fall von Betrug. Daran ändert auch das neue Insolvenzrecht nichts: Die klare Grenze zwischen Straf- und Insolvenzrecht

bleibt bestehen. Auch bedeutet der Wegfall der Mindestquote nicht, dass Schuldner plötzlich nichts mehr zurückzahlen müssen. Das vorhandene Vermögen wird weiterhin verkauft und das Einkommen auf das sogenannte Existenzminimum reduziert. Das bedeutet z. B. bei alleinstehenden Schuldnern mit einem Verdienst von 1.300 Euro netto schon den Abzug von 290 Euro für die Gläubiger. Bei Schuldnern mit einem Kind sind es 140, mit zwei Kindern noch 28 Euro. Bei drei Unterhaltspflichtigen gibt es keinen Abzug mehr – sie konnten bisher sicher keine Schuldenbefreiung erlangen.

Beantragen können solche Schuldner einen Privatkonkurs ab sofort. Und selbst wenn die nächsten fünf Jahre kein pfändbares Einkommen, trotz Bemühung, erreicht werden kann, erhalten sie die „Restschuldbefreiung“ vom Gericht. Denn niemand hat etwas davon, Menschen viele Jahre an

bzw. unter der Armutsgrenze zu halten. Und niemandem ist geholfen, wenn sich Alleinerzieher oder gescheiterte Unternehmer nicht entschulden können und bis an ihr Lebensende exekutiert werden.

Arbeitgeber, Gläubiger und die gesamte Volkswirtschaft profitieren davon, wenn Menschen durchstarten und als Konsumenten wieder aktiv sein können.

Das gerne vorgebrachte Argument, dass sich viele durch eine Erleichterung absichtlich in unbezahlbare Schulden stürzen, geht ins Leere, denn wer wird wirklich so handeln, wenn die Konsequenzen immer noch sind: Verkauf aller

Wertgegenstände und dann fünf Jahre Existenzminimum?

Vorteile. Die Schuldenberatungen fordern die nun kommenden Verbesserungen bereits seit dem Jahr 1995. Denn die Vorteile, die ein erleichterter Zugang zum Privatkonkurs bringt, liegen auf der Hand: Arbeitgeber, Gläubiger und die gesamte Volkswirtschaft profitieren davon, wenn Menschen neu durchstarten und als Konsumenten wieder aktiv sein können. Außerdem kann es dem Wirtschaftsstandort Österreich nur gut tun, wenn weniger Menschen auf ihren Schulden sitzen bleiben und gescheiterte Unternehmer wieder schneller auf die Beine kommen. Unternehmerischer Mut soll schließlich nicht bestraft werden!

Vorteile bringen die Neuerungen auch für die Sozialbudgets sowie für jene des AMS und der Krankenkassen: Denn sie werden dadurch nachhaltig entlastet.

EINFACH GEWINNEN MIT DER AZ



Foto: Manfred Esser

GILBERT | HERBERT PIXNER PROJEKT

Gefühlvolles vom Schlager-Barden

Gilbert-Fans sollten sich den 8. Dezember schon einmal rot im Kalender markieren: Denn zu Maria Empfängnis wird der bekannte Sänger und Songwriter aus dem Ötztal viele seiner wunderschönen Balladen und Weihnachtssongs im SZentrum in Schwaz (8.12., 20 Uhr, Einlass ab 19 Uhr) zum Besten geben. Gilbert präsentiert dabei Hits wie „Du mein kleiner Freund“, „Tirol“, „Weihnachten tief in meinem Herz“ oder „Durchgebrannt“ in völlig neuem Soundkleid. Lassen Sie sich diesen Abend nicht entgehen und machen Sie beim AZ Gewinnspiel mit

(siehe rechts). Vielleicht sind Sie unter den Glücklichen, die mit Gilbert einen Abend genießen können, der unter die Haut geht. Bereits am 18.11. gastiert Herbert Pixner mit seinem Projekt im Innsbrucker Congress (ab 20 Uhr, Einlass 19 Uhr). Nach über 1.000 (!) ausverkauften Konzerten und einem halben Dutzend vergoldeter Schallplatten zählt dieses außergewöhnliche Musikprojekt mittlerweile zu den erfolgreichsten Acts im gesamten deutschsprachigen Raum. Spielen Sie mit, es erwartet Sie ein musikalisches Feuerwerk aus traditioneller alpenländischer Musik, Flamenco, Gipsy-Jazz, Blues, Rock und Worldmusic

Weitere Infos unter lindnermusic.at

HUMOR NACH NOTEN

Otto Schenk live

Die Musik galt schon immer als die große Leidenschaft von Otto Schenk, der am 6.1.2018 ab 20 Uhr im Congress Innsbruck, Saal Tirol, das ungewöhnlichste Neujahrskonzert präsentieren wird. Seine Lesungen, seine Parodien und Rezitationen werden umrahmt und untermalt von musikalischen Gustostückerln, dargeboten von der Ungarischen Kammerphilharmonie unter der Leitung von Konrad Leitner. Am Höhepunkt des Abends tritt Otto Schenk selbst ans Dirigentenpult und dirigiert den „5. Ungarischen Tanz“ von Brahms, „Donner und Blitz“, die „Tritsch-Tratsch-Polka“ oder den „Radetzkymarsch“. Spielen Sie mit (siehe re.) und begrüßen Sie mit Otto Schenk das Neue Jahr!

Mitmachen & gewinnen.

Wenn Sie Karten für eine der Veranstaltungen gewinnen wollen, mailen Sie an ak@tirol.com, schicken ein Fax an 0512/5340 – 1290 oder schreiben an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Gilbert“, „Pixner“ bzw. „Schenk“ (Einsendeschluss 6.11.2017). Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich.

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA

WIE WICHTIG IST DIE AK MITGLIEDSCHAFT?

Erwin Zangerl, AK Präsident

Ohne Solidarität geht der Friede verloren

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Gerne wird zur Zeit davon gesprochen, dass sich Sozialpartner und Arbeitskammern überlebt haben, doch das ist ein Trugschluss. Man will damit lediglich jene Kräfte diffamieren, die in den letzten 70 Jahren maßgeblich Anteil am Aufschwung

und am sozialen Frieden hatten, der in unserem Land herrscht. All das wird jetzt aufs Spiel gesetzt, wenn man die Beschneidung der Kammern bzw. Abschaffung der Solidarbeiträge fordert. Denn was viele übersehen: Es heißt nicht umsonst Solidarbeiträge. Das ist Geld, das die Arbeitnehmer für die Arbeitnehmer einzahlen, um im Ernstfall gerüstet zu sein. Für Probleme am Arbeitsplatz, wenn Rechtsschutz notwendig ist, bei Jobverlust, für den Konsumentenschutz, für Wohn-, Mietrechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen, für Bildung und Beihilfen und für direkte Hilfsmaßnahmen wie im Rahmen des Unterstützungsfonds. Jedes Mitglied kann diese umfassenden Serviceleistungen jederzeit **kostenlos** in Anspruch nehmen. Ohne AK geht diese Unterstützung verloren und über 3 Millionen Arbeitnehmer in Österreich werden in den Regen geschickt. Dass damit nicht nur unzählige Existenzen, sondern auch der soziale Friede gefährdet werden, steht außer Frage. Deshalb „Nein“ zu all jenen, die sich gegen die Arbeitnehmer und den sozialen Frieden stellen, und „Ja“ zu gelebter Solidarität im Sinne der AK.

Christian Hauser, Fraktionsvorsitzender

Neos, FPÖ und Kurz nicht wählbar!

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen, FSG



JA zur AK, denn sie ist neben dem ÖGB das Sprachrohr jeder Arbeitnehmerin und jedes Arbeitnehmers! 2 Millionen AK Beratungen in ganz Österreich sprechen eine klare Sprache. NEIN zur Abschaffung

der Pflichtmitgliedschaft! Durch die Schwächung des Kammersystems greift man auch indirekt in das funktionierende System der KV-Verhandlungen ein. Die in den Kollektivverträgen jährlich ausgehandelte Erhöhung unserer Löhne wäre damit Vergangenheit. Über 530 Millionen Euro erkämpfte die AK letztes Jahr für ihre Mitglieder. Hinter der Forderung nach einer Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft steckt nichts anderes als das Vorhaben, die arbeitende Bevölkerung zu schwächen. In den letzten Monaten haben die Tiroler Sozialpartner umfassende Forderungen und Verbesserungen zu wichtigen Themen ausgearbeitet. Darunter finden sich unter anderem die Schaffung und langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, leistbares Wohnen und Mobilität. Neos, FPÖ und die Liste Kurz machen sich für die Schwächung der Pflichtmitgliedschaft stark und sind damit für uns Arbeiter und Angestellte nicht wählbar!

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Wir kämpfen für eine starke AK

Grüne in der AK



Wir Grünen stehen voll und ganz hinter der AK! Die Arbeiterkammer hat sich im Laufe ihrer Geschichte millionenfach bewährt und hat unzähligen Menschen geholfen. Oft hat allein schon die Information oder Beratung gereicht, aber viele konnten auch nur mit Hilfe der AK zu ihrem Recht kommen. In Zeiten, wo hart erkämpfte Rechte der Arbeitnehmerschaft immer mehr in Frage gestellt werden, braucht es eine starke und unabhängige Vertretung, die aber auch über die dafür notwendigen finanziellen Mittel verfügen muss. Gerne wird vergessen, dass die Wirtschaft vor vielen Jahren bei der Einführung des AK Solidarbeitrages auch etwas erhalten hat. Beim Erhalt des – übrigens auch noch steuerbegünstigten – AK Solidarbeitrages geht es nicht um Freiheit, sondern um Gerechtigkeit. Kommen nur mehr Reiche zu ihrem Recht oder stehen wir uns auf Augenhöhe mit den gleichen Möglichkeiten gegenüber? Wir Grünen werden jedenfalls mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für eine starke AK kämpfen.

manchen Politikern die Situation der Arbeitnehmer nicht richtig eingeschätzt wird? Kann es sein, dass eine unabhängige AK Tirol, die sich in vielen Lebensbereichen für die Rechte der Arbeitnehmer einsetzt, zu unangenehm und gefährlich für Ausbeuter, Abzocker und profitgierige Geier ist, die sich einen „Dreck“ um Arbeitnehmerrechte scheren? Die Arbeitnehmervertreter jeder Partei sind aufgerufen dagegen anzugehen. Natürlich sind auch in der AK Tirol Reformen nötig, wie in allen Institutionen des Landes, dadurch nimmt man den Lobbyisten den „Wind aus den Segeln“. Eine der letzten Reformen, der Ausbau und die Aufwertung der Bezirksstellen, ist eine spürbare Verbesserung für Arbeitnehmer. Die Fraktion der Freiheitlichen Arbeitnehmer Tirol ist für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft. Nur die Pflichtmitgliedschaft erhält auch in Zukunft die Unabhängigkeit der AK Tirol, um die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Pflichtmitgliedschaft muss bleiben

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Vor den Wahlen kommen Lobbyisten aus allen Löchern gekrochen, um bei Parteien und in der Bevölkerung Stimmung gegen die AK zu machen. Kann es sein, dass dadurch von

manchen Politikern die Situation der Arbeitnehmer nicht richtig eingeschätzt wird? Kann es sein, dass eine unabhängige AK Tirol, die sich in vielen Lebensbereichen für die Rechte der Arbeitnehmer einsetzt, zu unangenehm und gefährlich für Ausbeuter, Abzocker und profitgierige Geier ist, die sich einen „Dreck“ um Arbeitnehmerrechte scheren? Die Arbeitnehmervertreter jeder Partei sind aufgerufen dagegen anzugehen. Natürlich sind auch in der AK Tirol Reformen nötig, wie in allen Institutionen des Landes, dadurch nimmt man den Lobbyisten den „Wind aus den Segeln“. Eine der letzten Reformen, der Ausbau und die Aufwertung der Bezirksstellen, ist eine spürbare Verbesserung für Arbeitnehmer. Die Fraktion der Freiheitlichen Arbeitnehmer Tirol ist für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft. Nur die Pflichtmitgliedschaft erhält auch in Zukunft die Unabhängigkeit der AK Tirol, um die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen.

Am **15. Oktober** geht es um sehr viel!

Starke Kammern schauen der Politik auf die Finger – das ist den Neos und den Freiheitlichen offenbar lästig. Sie wollen die Sozialpartnerschaft abschaffen. Und dann?

Dann finden die Kollektiv- und Gehaltsverhandlungen auf der Straße statt. Dann gilt freie Fahrt für die Konzerne und Finanzlobbys ...

... und dann hat der Mittelstand keine Stimme mehr.

Darum sagen wir JA zu unserer Sozialpartnerschaft ...

... und JA zu gesunden Betrieben, sicheren Jobs und einem fairen Miteinander.



Erwin Zangerl
Arbeiterkammer Präsident



Dr. Jürgen Bodenseer
Wirtschaftskammer Präsident

AK: Wir helfen, wo andere reden!

Niemals vergessen. Seit fast einhundert Jahren setzt sich die Arbeiterkammer Tirol für die Belange der Arbeitnehmer ein. Die Erfolgsgeschichte war jedoch von Anfeindungen und Verboten überschattet: Und was 1934 und 1938 bereits traurige Gewissheit war, darf sich nicht wiederholen.

Als die Arbeiterkammern im Jahr 1920 gegründet wurden, konnte niemand ahnen, wie sehr diese Schutzhäuser das Leben von Millionen Beschäftigten zum Positiven ändern würden. Tirol nahm damals schon eine Vorreiterrolle ein: 1921 begann die AK Tirol ihre Tätigkeit, damals noch in der Innsbrucker Hofburg.

Bereits in der ersten Funktionsperiode wurde die Betreuung der Mitglieder ausgebaut und Amtsstellen in Kufstein, Kitzbühel und Landeck errichtet. Es wurde eine eigene Lehrlingsschutzstelle installiert und bereits 1929 folgte der erste Lehrgang einer Betriebsrättschule. Nach dem Ankauf des ehemaligen Nationalbankgebäudes in



Schon damals immer dort, wo es nötig ist: Hilfebedürftige bei der Brotverteilung durch die Arbeiterkammer in Volders, Winter 1931/32.



1930er Jahre: Am Seehof wurden unterernährte Kinder gepflegt.

Mit voller Kraft

Josef Wilberger, erster Präsident der AK Tirol in der 2. Republik, gab 1945 die Devise für die kommenden Jahrzehnte aus: „Das notwendige, das brennende Problem ist der Wiederaufbau der Wirtschaft und dabei steht für uns die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft an erster Stelle.“

Allzuoft werden die Leistungen vergessen, die seither erzielt wurden, und gerade heute werden die Arbeiterkammern wieder in Frage gestellt. „Der Schutz der Beschäftigten, das Arbeitsrecht, das Sozialrecht, der Arbeitnehmerschutz und der Konsumentenschutz wurden auf Basis unzähliger Vorschläge und Initiativen der AK ausgebaut. Und die österreichische Form der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft hat wesentlichen Anteil daran, dass Österreich zu den zehn wirtschaftlich reichsten und friedlichsten Ländern der Erde gehört. Dies alles jetzt aus parteitaktischen Gründen aufs Spiel zu setzen und die Arbeitnehmer einem freien Markt auszuliefern, wäre fahrlässig“, so AK Präsident Erwin Zangerl.

Aus der Geschichte lernen: Die AK wurde schon einmal politisch verfolgt und ab 1938 sogar aufgelöst.



Dunkle Zeiten. In den Jahren 1933/34 (li.) wurden die Kammern ausgeschaltet, im Jahr 1938 wurden sie völlig aufgelöst.

der Innsbrucker Maximilianstraße und dem Umbau zum AK Schutzhause, das 1932 eröffnet wurde, wurde der Einsatz der Arbeiterkammer für die Arbeitnehmer jäh gestoppt.

Dunkle Zeiten

Die Jahre 1933/34 bringen das Ende für die Kammern. Im autoritären Ständestaat werden sie vollständig ausgeschaltet. 1938, nach der Besetzung Österreichs durch Nazi-Deutschland, werden Arbeiterkammern und Gewerkschaftsbund völlig aufgelöst.

Die Zeiten werden finster. Erst nach Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft im Jahr 1945 wird die Wiedererrichtung ermöglicht.



Wiederaufbau des Kammergebäudes in der Innsbrucker Maximilianstraße.



VERLÄSSLICHER PARTNER

Die Arbeiterkammer Tirol wurde in den letzten Jahren konsequent zum Schutzhause der Tiroler ausgebaut. Dafür stehen Hilfesuchenden die Zentrale in Innsbruck sowie Anlaufstellen in allen Bezirken zur Verfügung. Neben ihrem Einsatz für die mehr als 352.000 Tiroler Beschäftigten ist die AK auch wichtiger Arbeitgeber und Partner der Tiroler Wirtschaft. So wurde etwa vergangenes Jahr über eine Million Euro in den Ausbau der Infrastruktur investiert, Geld, das ausschließlich an heimische Firmen ging.

Zukunftsfragen

Denn die Probleme, die es in den nächsten Jahren zu bewältigen gilt, sind vielfältig. Die Steuerflucht, die Konzentration des Kapitals, die Frage der gerechten Besteuerung von Arbeit und Vermögen, aber auch der massive Strukturwandel in der Wirtschaft werden die großen Herausforderungen sein, ebenso wie die Lohnsituation und die steigende Zahl an Beschäftigten, die trotz Arbeit kein Auskommen mehr finden. Zangerl: „Auf eines werden wir mit Sicherheit achten: Es darf zu keiner Spaltung unserer Gesellschaft kommen. Denn unser aller Wohlstand beruht auf Toleranz, auf Solidarität, dem fairen sozialen Ausgleich und der gegenseitigen Wertschätzung. Diese demokratischen Werte gilt es zu sichern. Dafür steht die AK, auch in den kommenden 100 Jahren.“

INFO-ABEND Kind & Familie

Mit einer Schwangerschaft beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Antworten auf viele Fragen erhalten angehende Mütter und Väter beim kostenlosen AK Infoabend „informiert.eltern.werden“ am Mo. 23. Oktober ab 18 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstr. 7. Über „Schwangerschaftsbegleitung“ informiert Hebamme Laura Jenewein. Danach erklärt Psychologin Mag. Robin Menges „Ein Kind verändert vieles“. Dr. Martina Agreiter (AK Tirol) erläutert „Das Recht der Eltern am Arbeitsplatz“ und referiert anschließend zu „Kinderbetreuungsgeld NEU und Finanzielles rund um Schwangerschaft und Geburt“. Anmeldung: 0800/22 55 22 - 1645 oder eltern@ak-tirol.com

LIENZ, REUTTE & INNSBRUCK Lernen leicht gemacht



Lernen ist für viele Menschen ein schwieriges Unterfangen. Aber du bist klüger, als du glaubst. Du musst nur wissen, wie du richtig lernst. Beim kostenlosen AK Infoabend „Lernen leicht gemacht“ erfahren Schüler, Eltern, Studenten und Arbeitnehmer, wie es klappen kann. Dazu gibt es die besten Tipps nach den neuesten Erkenntnissen der Gehirnforschung. So fällt Lernen lernen leichter, für Schule, Beruf und Alltag. Die nächsten Termine: Do. 9. Nov. um 19 Uhr in der AK Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, Di. 14. Nov. um 18.30 Uhr in der AK Reutte, Mühler Straße 22, und am Do. 16. Nov. um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7. Anmeldung unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen DW oder per eMail. AK Lienz: DW 3550 oder lienz@ak-tirol.com AK Reutte: DW 3650 oder reutte@ak-tirol.com AK Tirol in Innsbruck: DW 1515 oder bildung@ak-tirol.com

IMST, SCHWAZ, LIENZ & TELFS 14 Jahre, was nun?



Was tun nach der achten Schulstufe? In einen Lehrberuf einsteigen oder eine weiterführende Schule besuchen und wenn ja, welche? Die Entscheidung ist gerade in diesem Alter schwierig. Die AK Tirol unterstützt Betroffene mit dem kostenlosen Infoabend „14 Jahre, was nun?“ und bietet an folgenden Terminen einen tollen Überblick mit Tipps zur Berufswahl: **AK Imst**, Rathausstraße 1, Do. 12. Okt., 19 Uhr; **AK Lienz**, dzt. Volkshaus, Beda-Weber-Gasse 20, Di. 17. Okt., 19 Uhr; **AK Schwaz**, Münchner Straße 20, Do. 19. Okt., 19 Uhr, und **AK Telfs**, Moritzenstraße 1, Di. 7. Nov., 19.30 Uhr. Sichern Sie sich einen Platz unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen DW oder per eMail. AK Imst: DW 3150 oder imst@ak-tirol.com AK Lienz: DW 3550 oder lienz@ak-tirol.com AK Schwaz: DW 3737 oder schwaz@ak-tirol.com AK Telfs: DW 3850 oder telfs@ak-tirol.com

TERMINE ZUM VORMERKEN

AK INNSBRUCK

- **Arm trotz Arbeit**
Mi. 11. Oktober, 15.30 Uhr ▶ Seite 1
- **Gesund mit alten Hausmitteln**
Do. 12. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 5
- **informiert.eltern.werden**
Mo. 23. Oktober, 18 Uhr ▶ Seite 10
- **Welche Fette sind gesund?**
Do. 2. November, 19 Uhr ▶ Seite 5
- **Lernen leicht gemacht**
Do. 16. November, 19 Uhr ▶ Seite 10

AK IMST

- **14 Jahre - was nun?**
Do. 12. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 10
- **Patientenverfügung & Vorsorgevollmacht**
Do. 19. Oktober, 15 Uhr ▶ Seite 8
- **Am Abend zur Matura**
Mo. 30. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 4

AK KITZBÜHEL

- **Stark für den Alltag**
Di. 17. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 5
- **Am Abend zur Matura**
Di. 24. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 4
- **Schenken oder vererben?**
Di. 7. November, 19 Uhr ▶ Seite 8

AK KUFSTEIN

- **Schenken oder vererben?**
Do. 19. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 8
- **Am Abend zur Matura**
Di. 7. November, 19 Uhr ▶ Seite 4
- **Auszeit für Weiterbildung**
Di. 14. November, 19 Uhr ▶ Seite 5

AK LANDECK

- **Am Abend zur Matura**
Mo. 9. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 4
- **Auszeit für Weiterbildung**
Di. 17. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 5

AK LIENZ

- **14 Jahre - was nun?** (Volkshaus)
Di. 17. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 10
- **Lernen leicht gemacht**
Do. 9. November, 19 Uhr ▶ Seite 10

AK REUTTE

- **Lernen leicht gemacht**
Di. 14. November, 18.30 Uhr ▶ Seite 10

AK SCHWAZ

- **14 Jahre - was nun?**
Do. 19. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 10

AK TELFS

- **Am Abend zur Matura**
Di. 17. Oktober, 19.30 Uhr ▶ Seite 4
- **14 Jahre - was nun?**
Di. 7. November, 19.30 Uhr ▶ Seite 10

HALL HOTEL MARIA THERESIA

- **Gesund bleiben im Stresszeitalter**
Di. 24. Oktober, 19.30 Uhr ▶ Seite 5



Wasserspaß. Am Millstätter See in Kärnten konnten die Kids viele Sommersportarten ausprobieren. Mehr Bilder gibts auf facebook/AKFerienaktion

Bestnoten für AK Ferienaktion

Spaß, Action & Lernen. 38 Themen-Wochen für Kinder und Jugendliche mit 1.440 Plätzen wurden heuer von der AK Tirol organisiert, so viele wie noch nie. Die jungen Teilnehmer und deren Eltern sind begeistert.

Ich hoffe, es gibt für meine Tochter im nächsten Sommer wieder ein solches Angebot der AK, das ich ihr sonst niemals bieten könnte.“ – „Mein Kind hat begeistert von den Aktivitäten erzählt!!!“ – „Professionelle Vorbereitung, Planung, Durchführung. Hatte immer das Gefühl, dass meine Kinder gut aufgehoben sind.“

Vier Sterne. Das sind nur einige von vielen begeisterten Rückmeldungen, mit denen sich Eltern bei der AK Tirol für die heurige Ferienaktion bedankten. Bis zu 91,74 Prozent von ihnen vergaben in mehreren Kategorien die Bestnote: Vier Sterne für Betreuung, Verpflegung, Aktivitäten, Organisation etc.!

Von Abenteuern auf der Burg und sportlichen Highlights über Spaß am Attersee oder Millstätter See bis hin zum Lerncamp am See-

hof oder den Englisch-Wochen in Cornwall: Mit 38 unterschiedlichsten Themenwochen mit und ohne Übernachtung stellte die AK Ferienaktion 2017 alle bisherigen Rekorde ein. Insgesamt wurden 1.440 Plätze an Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 16 Jahren vergeben, so viele wie noch nie in der fast 30-jährigen Erfolgsgeschichte der Ferienaktion der AK Tirol. „Sie wurde 1988 ins Leben gerufen, um alleinstehende berufstätige Mütter bei der Betreuung ihrer Kinder während der Ferien zu unterstützen“, berichtet AK Präsident Erwin Zangerl.

Seither stieg die Nachfrage von Jahr zu Jahr und das Angebot wurde laufend ausgebaut, um den AK Mitgliedern zu helfen, die schulfreie Zeit im Sommer kostengünstig, spannend und pädagogisch sinnvoll zu organisieren.

Gut umsorgt. Neben Angeboten in Tirol gab es Ferienwochen in Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Oberösterreich, Bayern und Großbritannien. 93 sorgsam ausgewählte und gut ausgebildete Betreuerinnen und Betreuer begleiteten ihre Schützlinge und waren auch dann zur Stelle, wenn den einen oder anderen das Heimweh plagte.

Programm 2018. Damit die AK Mitglieder die nächsten Sommerferien noch besser planen können, gibts das Programm für die AK Ferienaktion 2018 bereits in der Februar-Ausgabe der Tiroler Arbeiterzeitung sowie zeitgleich auf www.ak-tirol.com

Ferienaktion auf Facebook. Einige Eindrücke finden Sie auf der Facebook-Seite unter [facebook/AKFerienaktion](https://www.facebook.com/AKFerienaktion)

Ohne AK gibt es keine Ferienaktion

Wenn im Herbst die Schule beginnt, dann wird in der AK Tirol alljährlich Bilanz gezogen über die aktuelle Ferienaktion. Natürlich freut es uns, wenn durch den sukzessiven Ausbau unserer Angebote immer mehr AK Mitglieder bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden können. Gleichzeitig zeigt unsere aktuelle Befragung aber auch, welche Lücke die AK Tirol schließt: Gaben doch 60 % der Eltern an, dass es für sie generell schwierig ist, genügend Betreuungsmöglichkeiten während der Sommerferien zu finden.

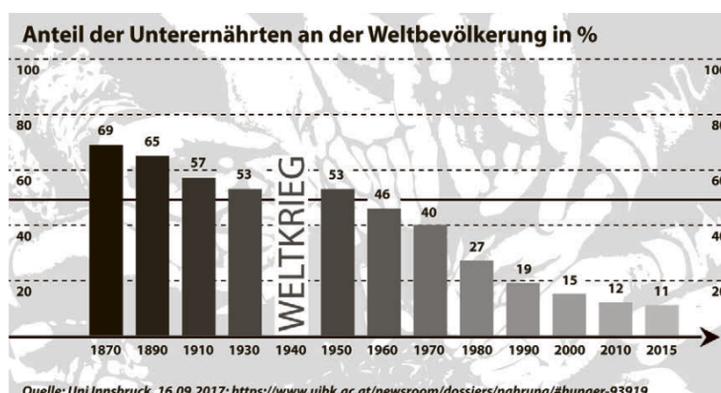
Doch die Ferienaktion ist nur eines von vielen Angeboten der AK Tirol, die den Beschäftigten zugute kommen. Vom kostenlosen Rechtsschutz über Rechtsberatung oder Beihilfen bis hin zur Hilfe in Not: All das ist nur möglich durch die solidarischen Beiträge der Mitglieder. Deshalb sagen wir Ja zu einer starken AK und Nein zu jenen Kräften, die sie schwächen oder gar abschaffen wollen!

Erwin Zangerl, AK Präsident

Hunger ist kein Naturgesetz

Analyse. In einer neuen AZ-Serie wirft der Wirtschaftswissenschaftler Josef Nussbaumer einen Blick auf die hoffnungsvollen Seiten der Welt. Dieses Mal zum Thema globale Ernährung.

Am 16. Oktober (Gründungstag der FAO) gedenkt die Weltöffentlichkeit – wie jedes Jahr seit 1979 – der globalen Ernährung und auch der Hungernden. Seit Jahrtausenden ist Hunger eine Geißel der Menschheit, fast könnte man glauben, Hunger sei ein ehernes Naturgesetz. Nichts allerdings ist falscher als das: Hunger ist kein Naturgesetz, sondern ein Sozialgesetz (im weiteren Sinne des Wortes). Für schlechte Sozialgesetze gilt aber, dass man sie ändern kann und sollte. Die globale Geschichte des Hungers seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt zudem diesbezüglich etwas sehr erfreuliches und hoffnungsvolles. Die relative Anzahl der Hungernden an



Weltweiter Hunger. Bis 2030 soll der Hunger vom Globus verbannt sein.

der Weltbevölkerung konnte nämlich enorm reduziert werden, von geschätzten 50 % (und mehr) auf heute etwa 11 %. Kritiker werden

einwenden, dies sei immer noch viel zu viel. Dem ist zuzustimmen. Es gibt aber von der UNO auch Absichtserklärungen, den Hunger

bis 2030 überhaupt von unserem Globus zu verbannen. Dies ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Dennoch, die Weltgemeinschaft sollte unbedingt an solchen Zielen festhalten, denn Realitäten können nur geschaffen werden, wenn auch die dafür notwendigen Zielgrößen vorhanden und in unseren Köpfen sind. Hunger ist laut dem World Food Programm „das größte lösbare Problem weltweit“. Dem kann nur beigepllichtet werden und man kann nur hoffen, dass dieses Problem so bald wie möglich einer Lösung zugeführt wird.

Mehr unter www.teamglobo.net/

Dr. Josef Nussbaumer, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Innsbruck im Ruhestand.

IMPRESSUM

AK TIROLER ARBEITERZEITUNG - AK AKTUELL
Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Medieninhaber und Herausgeber:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg
Fotos: AK, www.fotolia.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30
Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Schutz und Hilfe tirolweit

Das Recht auf Ihrer Seite. Tirols Beschäftigte haben mit der AK einen starken Partner: Egal ob im Arbeits-, Sozial-, Konsumenten-, Wohn- und Steuerrecht, in Wirtschafts-, Jugend- und Bildungsfragen.

12 Schutzhäuser

12 Schutzhäuser in allen Bezirken stehen den Tiroler Beschäftigten zur Verfügung. Diese Einrichtungen stellen wichtige Vermögenswerte für die AK Mitglieder dar. Die AK hat in die Arbeitnehmer-Zentren in den Bezirken sowie in Innsbruck zeitgemäß investiert und personell aufgerüstet. Mit ihrem BFI in Innsbruck und in den Bezirken sowie mit dem Bildungszentrum Metall in Wattens verfügt die AK über eine hochkompetente Aus- und Weiterbildungsschmiede für die Arbeitnehmer. Das Bildungshaus Seehof ist bestens gebucht für Schulungen von Betriebsräten und Firmenmitarbeitern. Im Sommer ist der Seehof Zentrum für mehr als 1.400 Kinder, um die Arbeitnehmer-Familien bei der Ferienbetreuung zu entlasten.



Top-Experten 315 AK Profis beraten

Das wichtigste Kapital einer Firma sind die Mitarbeiter. Das gilt für die AK Tirol ganz besonders. Die mehr als 315 Experten sind größtenteils Juristen, die bestens ausgebildet sind für den täglichen Einsatz im Dienste der AK Mitglieder.

Um die Arbeitnehmer bestmöglich vertreten und informieren zu können, braucht es Berater, die laufend geschult werden und damit immer auf dem neuesten Stand sind. Übrigens: Die AK Experten gewinnen mehr als 90 Prozent aller gerichtlichen Verfahren für die Beschäftigten.

50,5 % AK in allen Bezirken

Andere rationalisieren, die AK hat regionalisiert: Die Bezirkskammern haben sich als moderne Dienstleistungszentren etabliert: Mehr als 50 Prozent aller persönlichen Kontakte finden in einer der acht Bezirks-Arbeiterkammern in Imst, Kitzbühel, Kufstein, Landeck, Lienz, Reutte, Schwaz und Telfs statt.

Rasche Hilfe ganz nah

Die hochqualifizierten AK Experten stehen in ganz Tirol im Einsatz. Damit die Mitglieder möglichst in ihrer Nähe Hilfe, Rat und Tat erhalten, hat die AK in allen Tiroler Bezirken moderne Service- und Dienstleistungszentren eingerichtet und ausgebaut. Kurze Wege - rasche und kompetente Hilfe: Das kommt den Arbeitnehmern direkt im Bezirk zugute.

352.000 Mitglieder in Tirol

In Tirol vertritt die AK die Belange von mehr als 352.000 Mitgliedern. Die AK hilft ihnen im Einzelfall und leitet aus ihren Problemen interessenpolitische Forderungen ab. Durch den solidarischen Pflichtbeitrag haben alle Beschäftigten eine starke Standesvertretung, die jedem Mitglied Schutz und Hilfe bietet. Zumal oft das Risiko und die Kosten für den Einzelnen erdrückend hoch sind.

0,5 % AK Beitrag

Pro Mitglied erhält die AK aus den Sozialversicherungsbeiträgen im Schnitt 7 Euro monatlich. Keinen Beitrag bezahlen geringfügig Beschäftigte und Lehrlinge sowie Bezieher von Kranken-

Karenz-, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Die AK verwendet diese Einnahmen sorgsam und effizient: 80 % der Mittel werden für Beratung, Service und Vertretung aufgewendet. Dazu kommen noch Stipendien, Beihilfen und Direktförderungen sowie Mittel für in Not geratene AK Mitglieder und deren Familien.

